

Sperrfrist: 20.01.2017, 19.00 Uhr

Landesverächter oder Volksvertreter?

Wider die Totengräber der Schweiz

Albisgüetli-Rede vom 20. Januar 2017, gehalten an der
29. Albisgüetli-Tagung der SVP des Kantons Zürich
im Schützenhaus Albisgüetli in Zürich

von Christoph Blocher, a. Nationalrat und a. Bundesrat

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Die schriftliche Fassung ist ab 20. Januar 2017 - 19 Uhr
auf www.blocher.ch gestellt

Das Video der Rede ist ab 21. Januar 2017 - 11 Uhr
auf www.blocher.ch aufgeschaltet

www.svp.ch – www.svp-zuerich.ch

Inhaltsverzeichnis

Landesverächter oder Volksvertreter?

Wider die Totengräber der Schweiz

I.	Begrüssung	3
II.	Dialog mit einer Abwesenden	3
III.	Gehalt und Bedeutung unserer Bundesverfassung	4
IV.	2016: Jahr des Vertragsbruchs	8
V.	Vom Wesen einer Verfassung	10
VI.	Bewunderung für unsere Verfassung, um sie zu brechen.....	11
VII.	Vom geistigen Unterbau der Landesverächter.....	12
VIII.	2017: Jahr der Unabhängigkeit	15

Albisgüetli-Rede 2017

Herr Präsident,
Herr Bundesrat,
Herren Regierungsräte,
Herr Parteipräsident der SVP Schweiz,
Herr Vizepräsident der SVP-Fraktion Schweiz,
Nationalrätinnen und Nationalräte aus zahlreichen Kantonen der Schweiz,
Herr Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion,
Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus zahlreichen Kantonen,
Gemeindepräsidenten und Gemeinderäte,
Bundesrichterinnen und Bundesrichter, Obergerichte, Bezirksrichterinnen,
Bezirksrichter und Staatsanwälte,
Herren Divisionäre und Brigadiere, vor allem aber, herzlich willkommen
Mitglieder, Freunde und Gäste der Zürcher SVP,
Liebi Fraue und Manne!

I. Begrüssung

Wir sind zur **traditionellen Albisgüetli-Tagung** zusammengekommen, um zu Beginn des neuen Jahres eine politische **Standortbestimmung** vorzunehmen.

Einerseits durch einen Vertreter der Partei, die sich – leider bald noch als einzige – **voll und ganz für die Schweiz und die Schweizer einsetzt**.

Andererseits laden wir den jeweiligen Bundespräsidenten oder die jeweilige **Bundespräsidentin** ein, um eine Standortbestimmung aus der Sicht der Landesregierung vorzunehmen.

Diejenigen, die etwas Mut haben, kommen jeweils.

Und jedem Bundespräsidenten und jeder Bundespräsidentin, die bisher ins Albisgüetli gekommen sind, hat es **hier viel besser gefallen**, als sie zuvor befürchtet haben!

II. Dialog mit einer Abwesenden

Diese **schöne Erfahrung** kann Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard leider nicht machen.

Denn sie hat – wie schon bei ihrem letzten Bundespräsidium – **keine Zeit**.

Es stehen für sie gar **viele Besuche ausländischer Gäste** an.

Da bleibt für die 1'250 Schweizerinnen und Schweizer im Albisgüetli begreiflicherweise keine Zeit.

Umso mehr freuen wir uns, dass einer unserer beiden Bundesräte eingesprungen ist. Herzlichen Dank, **Herr Bundesrat Ueli Maurer**, dass Sie heute Abend zu uns gekommen sind und sprechen werden.

Aber da Sie – Frau Bundespräsidentin – im Jahr 2017 den Bundesrat nach aussen vertreten müssen, haben wir gespannt gelesen, was Sie zu Ihrem kommenden Präsidialjahr gesagt haben.

So sagten Sie am 22. Dezember:

Albisgüetli-Rede 2017

„Seine Unabhängigkeit kann man nur wahren, wenn man sich eine Schicht Teflon wachsen lässt.“¹

Lieber wäre uns aber Frau Bundespräsidentin, **wenn der gesamte Bundesrat im kommenden Jahr jedes Mal eine dicke Teflon-Schicht auftragen würde, wenn er mit all den Forderungen der EU und ihrer Wasserträger konfrontiert wird!**

In einem Interview, Frau Bundespräsidentin, sagen Sie:

„Frau Merkel ist meine Konstante [...] und bringt Stabilität in Europa.“²

Welche Stabilität Frau Merkels ist denn da gemeint? Ist es etwa der rechtswidrige Einlass von **über einer Million falscher Flüchtlinge**, den Frau Merkel nicht nur ihrem Land, sondern ganz Europa beschert hat? **Auch der Schweiz**, die nicht einmal Mitglied der EU ist.

Und diese hat – wohl als einziges Land – die **Quote aufgenommen**, weil der **Bundesrat ja keine Teflon-Schicht hat**.

Wenn Frau Merkel sagt: **"Wir schaffen das!"**, hat sie offenbar mit "Wir" auch uns Schweizer gemeint und im Namen der Schweiz gesprochen.

Ist es jetzt soweit, dass auch **ausländische Staatschefs im Namen der Schweiz sprechen?**

Besser wäre, wenn die Bundesräte die Volksweisheit beherzigen würden:

"Was willst Du in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt so nah."

Und dieses Gute, dieses Konstante liegt im eigenen Haus. Im Schweizerhaus!

III. Gehalt und Bedeutung unserer Bundesverfassung

Das Gute liegt in der **schweizerischen Verfassung**. Sie bestimmt unser Land.

Nein, meine Damen und Herren, **nicht in der EU, sondern in unserer Verfassung** liegen die grossartigen Werte, die die Schweiz stark gemacht haben.

Und diese hält als Wesentliches fest, dass die **schweizerische Unabhängigkeit zu wahren ist. Die schweizerische Verfassung verlangt die Volks- und nicht die Politikerherrschaft.**

Hier – meine Damen und Herren – liegt **der solide, konstante Wert der schweizerischen Eidgenossenschaft.**

Dank einer ganz besonderen Staatsform geht es diesem kleinen Land auf **jeden Fall weniger schlecht als anderen Ländern.**

Darum ist es höchst alarmierend, dass die "Classe politique" alles tut, um diesen Sonderfall, **diese Staatssäulen zu beseitigen!**

¹ „Wie haben Konflikte. Wir streiten!“, in: „Die Weltwoche“ Nr. 51/52, 22.12.2016, S. 60.

² Aargauer Zeitung, 19.12.2016, S. 2.

Albisgüetli-Rede 2017

Ich weiss – liebe SVPler, liebe Freunde der SVP –, viele von ihnen sind frustriert, dass sie sich in den letzten 25 Jahren beschimpfen lassen mussten, weil sie nicht mitmachten, als man diesen Sonderfall zu Grabe tragen wollte.

Aber bedenken Sie, meine Damen und Herren, **nicht zuletzt wegen der SVP lebt der Sonderfall Schweiz – zum Wohle der Bürger!**

Dass eine **eigentliche Entmachtung der Bürger im Gange ist** und auch oft vom Bundesrat ausgeht, sehen wir, ohne dass wir in den Bundesratssitzungen **Frau Sommaruga und Herrn Burkhalter** gegenüber sitzen.

Es beunruhigt, dass sich die Bundesräte vor allem mit **ausländischen Würdenträgern** treffen, sich an internationalen Kongressen dem Leerlauf hingeben und an viele Orte im Ausland reisen, **statt sich um das eigene Volk und die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit zu kümmern.**

Nein, meine Damen und Herren, **für die SVP muss das Jahr 2017 das Jahr der Unabhängigkeit werden.**

2017 gilt es, den Sonderfall Schweiz zu verteidigen.

Widerstand, nicht Anpassung ist gefragt. Sonst geht die Schweiz zugrunde.

Sehen Sie, meine Lieben hier im Albisgüetli:

In dieses **Jahr 2017 fällt das 100-Jahr-Jubiläum der Zürcher SVP**, denn diese wurde 1917 gegründet, weil man bei **den Roten wie bei den eigenen Bürgerlichen** – schon damals – am Willen zur **Wahrung der Unabhängigkeit** gezweifelt hat.

Der hundertjährige Kampf der Zürcher SVP galt damals wie heute der **gefährdeten Unabhängigkeit, der gefährdeten Demokratie und den gefährdeten Volksrechten.**

Schon unser **Parteigründer, der Zürcher Unterländer Fuhrknecht und Redaktor Fritz Bopp**, hat darauf hingewiesen, als er sprach:

„Unserem Land drohte nicht dann die grösste Gefahr, wenn Kanonenschlünde seine Grenzen bedrohten, sondern dann, wenn ausländische Staatsleute unsere Politiker in ein Übermass von Liebenswürdigkeit verstrickten. Dann wie nie gilt für uns: Betet, freie Schweizer, betet!“³

Zwar hat Frau Bundespräsidentin Leuthard im Hinblick auf ihr Präsidialjahr beruhigt festgestellt: **„Einen Elite-Volk-Konflikt haben wir nicht – wir sind alle das Volk.“⁴** Schön.

Das tönt ja so harmonisch als lebten wir alle im Cäcilienchörlein von Meerenschwand.

Doch wir fragen: **"Wo war die Elite aus Parlament und Bundesrat, als sie den vom Volk beschlossenen Verfassungsartikel hintertrieb, der verlangt, die**

³ Christoph Blocher: 80 Jahre SVP des Kantons Zürich, Jubiläumsrede auf der Altrüti in Gossau ZH, 7. September 1997.

⁴ Aargauer Zeitung, 19.12.2016, S. 2.

Albisgütli-Rede 2017

Personenfreizügigkeit zu beenden und die Zuwanderung selbständig zu regeln sowie endlich die verhängnisvolle Masseinwanderung zu beschränken?"

Sehen Sie, meine Damen und Herren, der Alltag ist anders, als es uns die beruhigenden Reden der Eliten weismachen wollen.

Die Elite ist daran, den Bürgern ihre Gesetzgebungskompetenz zu entreissen. Das ist die bittere Wahrheit!

Die Elite hat vergessen, dass nicht sie, sondern **die Mehrheit der Stimmbürger** letztlich das Sagen hat. **Gemäss Verfassung ist die sich aufspielende Elite den Bürgern untergeordnet und** diese auf der Welt einmalige Staatsordnung ist für **Frieden, Wohlergehen und Lebensqualität** verantwortlich.

Es geht nicht, dass eine **"Schein-Elite"** versucht, dieses Machtverhältnis staatsstreichartig umzukehren!

Da kann auch die beschwichtigende Erklärung der Bundespräsidentin in ihrer Neujahrsrede nicht helfen, wenn sie sagt:

„Mein Ziel für 2017 ist, in den Beziehungen zur EU wieder zur Normalität zu finden“⁵.

Was aber sind denn **normale Beziehungen zur EU**? Wer ist denn eigentlich normal? Und wer ist hier abnormal?

Wer bestimmt, was "normale" Beziehungen sind?

Bis heute waren dies doch freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten in der Welt, auch zur EU, vertragliche Vereinbarungen, ohne die Souveränität und die Handlungsfreiheit preiszugeben, unter Achtung und Respektierung der beidseitigen Interessen. Gilt das jetzt nicht mehr?

Daraus würde aber folgen, dass **weder eine Anbindung noch eine Eingliederung an beziehungsweise in die EU gutgeheissen werden darf!**

Normal war bis vor kurzem in der Schweiz auch, dass die Regierenden den Volkswillen achten – "Verfassung und Gesetz zu beachten" – wie es im Amtseid heisst.

Wir bitten Frau Bundespräsidentin Leuthard und den **ganzen Bundesrat, sich 2017 wieder an bewährte aussenpolitische Grundsätze zu halten und sich um normale Verhältnisse in der Schweiz zu kümmern!** Darum sind auch die Beziehungen zu Europa leicht zu normalisieren.

Aber leider, meine Damen und Herren, meinte **Frau Bundespräsidentin**, die im Namen des Bundesrates sprach, **mit Normalität genau das Gegenteil.**

Für Sie ist Normalisierung der Verhältnisse mit der EU – und sie erklärt dies wörtlich und ganz unumwunden und sogar auf Hochdeutsch: "früher oder später ein institutionelles Abkommen."⁶

⁵ Ibid.

⁶ Ibid.

Albisgüetli-Rede 2017

So. Da haben wir es. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Jetzt liegt die Wahrheit auf dem Tisch.

Diese sogenannte Normalität soll hier ihre Erfüllung finden:

In einem **instituierten Abkommen mit Brüssel** soll sich die Schweiz verpflichten, dass in Zukunft die EU für die Schweiz gültige Gesetze erlässt, ohne Mitbestimmung der Schweizer Bürger, also auch gegen deren Willen. Im weiteren soll sich die Schweiz verpflichten, fremde Richter anzuerkennen.

Meine Damen und Herren, 2017 soll demnach eine Anbindung an die Europäische Union erfolgen! Das heisst:

Gute Nacht schweizerische Unabhängigkeit und schweizerische Selbstbestimmung, gute Nacht Freiheit, gute Nacht Stimmrecht für uns Schweizer!

Und das heisst, dass das über 700-jährige Bekenntnis der Schweiz **"Wir wollen keine fremden Richter haben"** widerrufen wird. Kurz:

Eine Schweiz, die diesen Namen verdient, gibt es dann nicht mehr!

Nein, meine Damen und Herren, auf eine solche Normalität mit der EU verzichten wir.

Nur um für die EU-Bürokraten als normal zu gelten, darf doch die Schweiz nicht abgeschafft werden.

Lieber mit der EU im Konflikt leben, als die Schweiz preiszugeben!

Natürlich weiss auch der Bundesrat, dass ein solch weitgehender Vertrag den Stimmbürgern und Kantonen vorzulegen ist.

Denn es braucht ein obligatorisches Referendum. Aber ich höre schon, man wolle mit allerlei juristischen Winkelzügen auch das hintertreiben.

Die Sache wird immer prekärer:

Mit Verzicht auf das obligatorische Referendum werden die Stände ausgeschaltet, mit dem Rahmenvertrag die schweizerische Demokratie beseitigt.

So ist der Staatsstreich perfekt: **"O tempora – o mores!"** O, welche Zeiten, welche Sitten! Schweizer Volk erwache!

Sie müssen wissen, dieses Rahmenabkommen liegt praktisch "fix und fertig" ausgehandelt auf den Tischen der EU, aber in verschlossenen Schubladen in Bern.

Der Bundesrat weiss nur noch nicht recht, wie er es dem **störrischen, freiheitsliebenden Volk unterjubeln** soll.

Meine Damen und Herren, **der Auftrag der SVP ist zwingend: Unsere Partei hat dafür zu sorgen, dass dieser landesverrätische Weg der unwürdigen "Elite" versperrt wird.**

Albisgüetli-Rede 2017

IV. 2016: Jahr des Verfassungsbruchs

Meine Damen und Herren, schauen wir kurz in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Es gab seit 1848 **Notzeiten**, in denen man der Landesregierung **vorübergehend ausserordentliche Vollmachten übertragen hat. Vorübergehend, wohlgemerkt.**

Dies war zur Zeit des Ersten und des Zweiten Weltkriegs der Fall. Man musste schnell handeln – im Dienste der Landesverteidigung, der Kriegsernährung, der notfallmässigen Umstellung der ganzen Volkswirtschaft.

Damals aber stand eine ganz überwiegende Mehrheit des Volkes hinter diesen ausserordentlichen Massnahmen in **ausserordentlichen Zeiten**, die dann nach dem Krieg wieder aufgehoben und im schweizerischen Sinne normalisiert wurden.

Doch niemals in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates ist die Verfassung so offen und so dreist gebrochen worden wie im letzten Jahr, 2016.

In der letzten Herbst- und Wintersession hat die Mehrheit der beiden Kammern des Parlaments einen unglaublichen Verfassungsbruch begangen.

Statt den Verfassungsartikel der Masseneinwanderung umzusetzen, haben sie den darin festgelegten Volkswillen mit keinem einzigen Buchstaben aufgenommen. Hinterhältig und vorsätzlich verzichtete das Parlament auf eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung.

Es gibt keine jährlichen Kontingente, keine jährlichen Höchstzahlen, keinen Inländervorrang.

Es gibt **keine Grenzgängerregelung, keine Berücksichtigung** der Personen aus dem **Asylbereich**, auch keine **Beschränkungen der Sozialleistungen** und des **Familiennachzuges, wie dies alles die Verfassung wörtlich verlangt.**

Dass sich aber gleich **alle drei Regierungsgewalten – Exekutive, Legislative und Judikative – über die demokratische Volksmehrheit und die Verfassung bewusst hinwegsetzen und vorsätzlich Recht und Verfassung brechen**, wie es jetzt geschieht, ist in der Geschichte unseres Bundesstaates ohne Beispiel.

Das ist die Abschaffung des Rechtsstaates.

Da wird in elitärer Überheblichkeit und unverschämter Dreistigkeit **erstmals in der Schweizer Geschichte ganz allgemein das internationale Recht über das von den Bürgern beschlossene Recht gestellt und dieses somit missachtet.**

Mit der Selbstbestimmungsinitiative der SVP soll **eine solche Schandtat nicht mehr möglich sein. Doch die Classe politique hat bereits erklärt, dass sie die Initiative ablehnt. Die schweizerische Selbstbestimmung soll aufgegeben werden.**

Albisgütli-Rede 2017

Es gibt keinen einzigen Staat auf der Welt, der das internationale Recht über die eigene Verfassung stellt! Eine solche Souveränitätsverletzung nimmt kein Staat hin.

Die verheerenden Folgen im Alltag werden den Bürgern erst nach und nach bewusst werden. Was werden dann die Folgen sein?

Gefährlich ist, dass die Verfassungsbrecher gut eingebettet sind ins **Establishment aller andern Parteien, der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, der Medien, der Sozialisten, der Liberalen, der Anständigen, der Moralisten, der Gutmenschen.**

Und auf **der Seite der Mehrheit** des Stimmvolkes stehen nach Ansicht des Establishments die **Unwissenden, die Dummen, die Benachteiligten, die Modernisierungsverlierer, die Unanständigen, die Stillosen, die Populisten, die Nationalkonservativen und natürlich die SVP.**

Gibt es wirklich keinen Graben zwischen Elite und Basis? Meine Damen und Herren, wer Augen hat, der sehe, wer Ohren hat, der höre!
Es geht nicht um gescheit oder dumm, sondern ganz plump um verschiedene Interessen.

Die Interessen der Classe politique sind eben nicht jene der einfachen Bürgerinnen und Bürger, der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten, Gewerbler, Bauern und selbständigen Unternehmer.

Die **vermeintlichen Eliten**, das Establishment, das die Stimmbürger entmachten will, die Politiker und Richter werden auch in einer globalisierten Wirtschaft ihre Jobs behalten, sie werden von internationalen Förderprogrammen profitieren, in Gremien von europäischen Behörden sitzen und an Kongresse reisen.

Sie werden auf ihren Staatssesseln hocken und von unseren Steuergeldern leben, bis der Sargdeckel zugeht! Bezahlen aber müssen die anderen – die sogenannte Dummen!

Die Preisgabe der Unabhängigkeit der Schweiz, die Abschaffung der Selbstbestimmung, die Nichtbeachtung der Neutralität, die mangelnde Sicherheit, die nach wie vor andauernde Masseneinwanderung – sind die Sorgen des "gemeinen" Volkes.

Es sind **Sorgen der breiten Bevölkerung, des Mittelstandes, der Berufsleute, die durch ihre produktive tägliche Arbeit die Schweiz voranbringen**, der Verkäuferin, der Coiffeuse, des Mechanikers, des Landwirts, der Hausfrau, des Lehrlings, des kaufmännischen Angestellten, des selbständig Erwerbenden – kurz der Bürgerinnen und Bürger des Alltags!

Ihre **handfesten Sorgen sind zunehmend das bürokratische Monster, hohe Abgaben, Gebühren und Steuern.**

Albisgüetli-Rede 2017

V. Vom Wesen einer Verfassung

Was macht eigentlich das Wesen einer Verfassung aus, und weshalb haben wir eine Verfassung?

Eine Verfassung hat in erster Linie das Ziel, die Macht der Herrschenden, die Macht des Staates zugunsten der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken, zu begrenzen. Unsere Bundesverfassung, die auf 1848 zurückgeht, bestimmt die Bürger als oberste Gesetzgeber und als wirksames Korrektiv zur Staatsgewalt.

Wer soll unser Zusammenleben bestimmen, wer soll unsere übrigen Freiheits- und Menschenrechte, wer unsere Sicherheit, wer unsere Lebensqualität gewährleisten? Eben die von Volk und Ständen erlassene Verfassung.

Wer setzt das Recht? Wer macht die Gesetze?

Diese Frage wird in der Schweiz vollumfänglich **seit 1848, im Grunde schon seit 1291**, deutlich beantwortet: **Es ist das Volk, es ist der Souverän von Volk und Ständen.**

Wegen ihrer freiheitlichen Verfassung, wegen den Mitspracherechten auch in Sachfragen, ist die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen.

Und diese auf der Welt einmalige Staatsordnung ist für **Frieden, Wohlergehen und Lebensqualität** verantwortlich.

Nur wegen der direkten Demokratie hat die Schweiz die Problematik der Steuern, Abgaben, Staatsverschuldung, die Probleme der EU, der Zuwanderung, der Scheinasylanten, des Islamismus früher bemerkt und offener zur Sprache gebracht als andere Staaten.

Dank der direkten Demokratie sind wir Schweizer den anderen Staaten weit voraus.

Ich kam und komme immer noch weit herum und ich kann Ihnen versichern:

Viele Länder und Völker blicken auf die Schweiz und bewundern unsere **Bürgerrechte und unsere Freiheit.**

Auch das hat Geschichte. Schon 1848 träumte man in Europa von einer **von der Schweiz ausgehenden Lawine der Freiheit:**

Albisgüetli-Rede 2017

*„Sie rollt, sie springt, o Lombardei,
Bald fühlst auch du ihr Wälzen!
Ungarn und Polen macht sie frei,
Durch Deutschland dröhnen wird ihr Schrei.
Kein Bannstrahl kann sie schmelzen.
Was weiter wird; - Noch harren wir!
Doch wird's die Freiheit werden!
Die Freiheit dort, die Freiheit hier,
Die Freiheit jetzt und für und für,
Die Freiheit rings auf Erden!“⁷*

VI. Bewunderung für unsere Verfassung, um sie zu brechen

Doch wie hält man es mittlerweile hierzulande mit dieser vorbildlichen, viel bewunderten Verfassung? Was ist aus dieser Lawine der Freiheit geworden?

In ihren Sonntagsreden rühmen sie sie alle über den grünen Klee, denn sie wissen alle sehr wohl, dass der Schutz der Freiheit durch die Verfassung ein hohes Gut ist. **Besonders im Wahljahr** macht es sich bei allen Parteien gut, die Verfassungstreue hervorstreichend.

Im Wahljahr 2015 betonte zum Beispiel SP-Präsident Christian Levrat im aargauischen Turgi, es gehe darum, die „am **12. September 1848 mit der ersten Bundesverfassung entstandene demokratische Verfassung zu verteidigen.**“⁸ Und er rief zu mehr „**Ernsthaftigkeit**“ in der Politik auf.

Ich frage mich: Wo ist heute die **vor den Wahlen von der SP so ernsthaft beschworene Achtung vor dem Verfassungsstaat von 1848**? Ich denke nur schon an die beiden letzten Sessionen. Verfassungstreue waren die Sozialisten nie.

Wo bleibt heute der Aufschrei all jener **linken Politiker, Schriftsteller und Kulturschaffenden**, die eben noch von sich behaupteten, sie seien zwar keine Patrioten, aber – viel besser – dafür „**Verfassungspatrioten**“?⁹

Dass hier auch die **Freisinnigen** mitmarschieren, zeugt vom Zerfall dieser Partei. Ausgerechnet die Freisinnigen - die mit uns zusammen die Gründungsväter unserer Verfassung stellten.

Aber meine Damen und Herren, **wir lassen nicht „lugg“!**

Die SVP wird weitermachen, bis das Ziel erreicht ist.

⁷ Ferdinand Freiligrath: Gedichte, Auswahl und Nachwort von Dietrich Bode, Reclam-Universalbibliothek Nr. 4911, Stuttgart 1980.

⁸ „Ernsthaftigkeit statt Sauglattismus“, in: „Tages-Anzeiger“, 14.9.2015, S. 4.

⁹ Zum „linken Mythenzertrümmerer und Verfassungspatrioten“ siehe „Medienwoche, 13.1.2015. – „Es gibt sie noch, die Kinder von 1848. Wir sind sie!“, Manifest der „Operation Libero“ mit Bedauern darüber, dass wir Schweizer „keine Verfassungspatrioten“ seien, siehe „Die Zeit“, 11.9.2014. – SP-Ständerat Roberto Zanetti erklärt sich zum „Verfassungspatrioten“ und erklärt, er halte sich im Zweifelsfall an den Wortlaut der Verfassung, siehe „Berner Zeitung“, 14.3.2012, S. 12. – Der linke Migrationsanwalt Marc Spescha: „Die Verfassungspatrioten müssen sich jetzt zusammenschliessen“, siehe Schweizer Fernsehen SF, Aussagen im „Club“, 30.11.2010.

Albisgüetli-Rede 2017

Was heisst das bezüglich der Masseneinwanderung? Was heisst: "Nöd luegg la?"
Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden.

Das Problem ist die Personenfreizügigkeit. Die muss für immer unterbunden werden. Diese Weisheit hat schon früh einer der weltweit fähigsten Ökonomen Milton Friedmann, einer der grossen Sprecher des Weltfreihandels, Nobelpreisträger, zum Ausdruck gebracht, als er sprach, man könne alles dem freien Handel unterstellen, aber zwei Sachen nicht: Kapital und Personen – für letzteres müsste der Sozialstaat abgeschafft werden.¹⁰

Diese Weisheit muss in der Schweiz durchgesetzt werden!

Unsere Freiheiten müssen uns gewahrt bleiben! Notfalls müssen die Wahlen 2019 Ordnung schaffen!

Und ich höre Sie - meine Damen und Herren - im Stillen besorgt fragen: "Was nützt es denn, wenn die da oben – begleitet vom Staatsfernsehen und den Mainstream-Medien – doch machen, was sie wollen?"
Wenn sie die Macht an sich reissen?

Dann – meine Damen und Herren – dann gilt es Ordnung zu schaffen! Dann sind Wahlen. **Dann sind die Totengräber der Schweiz abzuwählen und durch Volksvertreter zu ersetzen.**

VII. Vom geistigen Unterbau der Volksverächter

Über die Weihnachtstage kam mir ein neues Büchlein aus dem freisinnigen NZZ-Verlag in die Hände. Es trägt einen geradezu wissenschaftlichen Titel: „**Reformbedürftige Volksinitiative**“.

Herausgeber: **Georg Kreis**, ehemaliger Präsident der Rassismuskommission und Direktor des Europa-Instituts in Basel. **Mitgeschrieben haben Staatsrechtsprofessoren, SP- und FDP-Politiker und ein alt Bundesrichter der CVP.¹¹**

Für einen **Kriminalroman** ist das Büchlein etwas zu langweilig. Aber ein **Gruselkabinett** ist es alleweil, wenn man sieht, wie **teuflich hier mit den Volksrechten umgesprungen wird.**

Mit skrupelloser Verachtung schauen diese sogenannten Vertreter der geistigen Elite auf die Bevölkerung und auf die Volksrechte herab.

Die Ursache ist klar: Ein paar Volksinitiativen der letzten Jahre sind nicht nach ihrem Geschmack ausgefallen. Wären diese anders ausgegangen, wäre wohl von

¹⁰ u.a. Vorlesungsreihe Milton Friedman 1977/78

¹¹ Georg Kreis (Hrsg.): Reformbedürftige Volksinitiative, Verbesserungsvorschläge und Gegenargumente, mit Beiträgen von Andreas Auer, Christine Egerszegi-Obrist, Astrid Epiney, Andreas Gross, Georg Kreis, Giuseppe Nay, Lukas Rühli und Daniel Thürer, Zürich 2016.

Albisgüetli-Rede 2017

den gleichen Leuten ein wissenschaftlich begründetes Loblied auf die Volksinitiative zu hören gewesen.

Einiges spreche dafür – habe ich da gelesen –, dass man das Initiativrecht „**mit zusätzlichen, domestizierenden Bestimmungen versehen**“ müsse.¹² Man braucht das Fremdwort „domestizieren“ in der Hoffnung, wir Dummen würden es nicht verstehen. Aber oha lätz, es ist mir aus der landwirtschaftlichen Schule bekannt:

"Domestizieren" heisst: **Wildtiere**, wilde Bestien, durch einen Kultivierungsprozess zu **Haustieren umerziehen**.

Unsere Bürger werden also verglichen mit reissenden Wölfen, undisziplinierte Affen und blutrünstigen Hyänen! Und da muss dringend gehandelt werden.

Georg Kreis hält **bedauernd** fest: „**Jetzt gibt es dieses Volksrecht, darum muss man mit ihm leben.**“

Es werde aber „**stets hemmungsloser und unverfrorener**“ **gebraucht**.¹³ (Weil wir noch nicht domestiziert sind.)

Kreis verfällt auf die glänzende, originelle Idee, die **Unterschriftenzahl zu verdoppeln oder noch besser auf 600'000 anzuheben**, und gleichzeitig solle man die **Sammelfrist halbieren**.¹⁴ (Jetzt weiss ich endlich, wofür Doktoren und Professoren gut sind, ein normaler Mensch käme nicht auf solche Ideen.)

Ich wette, der freisinnige Professor musste noch nie eine Volksinitiative mit all den bürokratischen Auflagen durchziehen oder gar mühsam Unterschriften sammeln. Ich weiss nur, dass seine Partei – die FDP – eine Volksinitiative mit dem reisserischen Titel "**Anti-Bürokratie-Initiative**" **nicht zustande brachte**, obwohl der Inhalt so schwammig war, dass der Kommunist Zisyadis einen Vorstoss mit dem gleichen Inhalt ins Parlament einbrachte.

Den im Parlament vertretenen Fraktionen könne man das Initiativrecht entziehen, philosophiert der Professor weiter, doch sei das auch wieder problematisch, weil schliesslich die SVP die Minarettinitiative einem eigenen Komitee überlassen habe.

Dann las ich über die Festtage von „**materieller Vorprüfung durch die Bundesverwaltung**“, von „**Übernutzung des politischen Systems**“, „**zu verlangenden entsprechenden Vermerken auf den Unterschriftenbögen**“, d.h. warnenden Hinweisen, also gleichsam einem Totenkopf wie auf einer Gifflasche.

Dann faselt man von der **Kontrolle eines „Rates der Weisen“** – das alles steht da Schwarz auf Weiss und ist kein Witz! **Und Kreis äussert den Wunschtraum: „So, wie das Initiativrecht gekommen ist, könnte es – theoretisch – wieder verschwinden“**.¹⁵ Ja, faktisch ist es 2016 schon nahezu dazu gekommen.

¹² Ibid., S. 7.

¹³ Ibid., S. 15, 23.

¹⁴ Ibid., S. 24.

¹⁵ Ibid., S. 15, 21, 23, 23–26.

Albisgüetli-Rede 2017

Man müsse die Initiativen dem „**Bundesgericht zur Nachredaktion weitergeben**“. Die „**Richter in Lausanne und Strassburg**“ müssten „**grundrechtswidrigen Verfassungsbestimmungen**“ die Anwendung versagen.¹⁶

Das Völkerrecht verstehe sich inzwischen „**längst nicht mehr als ‚Machwerk‘ von Regierungsabkommen**“, sondern es verstehe sich inzwischen als „**sich selbst als demokratisch begründete Ordnung**“.

Auch wenn etwas das Gegenteil von demokratisch ist, erklärt ein Staatsrechtsprofessor wie Daniel Thürer dies einfach kurzerhand als demokratisch.

Doch das kennt man ja von Diktatoren. Das diktatorische sozialistische Ostdeutschland nannte sich auch "**Deutsche Demokratische Republik.**"

Sie war **weder demokratisch noch republikanisch**. So kann man ja auch das Völkerrecht einfach demokratisch nennen. Das erinnert mich an den amerikanischen **Präsidenten Nixon**, der nach dem Einbruch ins Zentrum der gegnerischen demokratischen Partei behauptete:

„**When the president does it, it's not illegal**“ -
„Wenn der Präsident es tut, ist es nicht illegal.“¹⁷

Oder – noch schlimmer – als sich die führenden Staatsrechtler im Dritten Reich Hitler in die Arme warfen und der wichtigste seiner Juristen namens Carl Schmitt über die Diktatur behauptete: „**Der Führer schützt das Recht**“.¹⁸

Es gehe darum, lese ich weiter, zu verhindern, „**dass Bürger tyrannische Entscheide**“ fällten.

„**Die Richter sollen als Garanten von Fairness im demokratischen Prozess vermehrt angerufen werden können**“, steht da wörtlich.

Wahrscheinlich die gleichen Richter, die in tyrannischer Willkür 2015 die bisherige Rechtspraxis über den Haufen geworfen haben, und nun ganz allgemein das **internationale Recht über das schweizerische Recht stellen!**

Es ist unglaublich, welche Fantasie und Innovationsgaben **angeblich gescheite Leute beflügeln**, wenn sie damit ihre Macht auf Kosten des Bürgers ausbauen können, um sich als **selbsternannte Diktatoren selber in den Kommandoraum zu setzen**.

Und wohlverstanden – das sind alles studierte Leute im Staatsdienst. Bezahlt werden sie samt und sonders durch die Steuern all derer, die sie entmachten wollen.

¹⁶ Ibid., S. 8.

¹⁷ Interview von David Frost mit Richard Nixon, März/April 1977.

¹⁸ Deutsche Juristen-Zeitung, Heft 15, 1.8.1934.

Albisgüetli-Rede 2017

VIII. 2017: Jahr der Unabhängigkeit

Was ist gegen diesen Putsch, diese Machtübernahme, diesen Staatstreich zu unternehmen? Tatsache ist:

Es brodelt im Volk. Die Herrschenden sollten sich nicht in der Illusion wiegen, man könne den Volkswillen überfahren und alles sei bestens, schliesslich gebe es keine Demonstrationzüge, Barrikaden und blutige Strassenschlachten. Doch sollte man sich nicht täuschen.

Ein grosser Teil **der Bevölkerung ist empört, zornig, aufgebracht.**

Was ist zu tun?

Hauptziel 2017 muss sein: Die Entmachtung des verfassungsmässigen Souveräns ist zu verhindern.

Auch wenn die SVP die einzige Partei sein sollte, die sich hinstellt, um **Freiheit, Wohlfahrt, Frieden und Lebensqualität der Schweizer unerbittlich zu verteidigen. Sie muss es tun!**

2017 ist **die SVP gefordert:**

- 2017 darf es **kein institutionelles Rahmenabkommen** geben. Denn die **direkte Demokratie, die Selbstbestimmung der Schweiz dürfen nicht abgeschafft werden und "wir wollen keine fremde Richter haben!"**
- **2017 soll es keine Chance für die RASA-Initiative geben und ebenso wenig für ihren Gegenentwurf, der verfassungsmässig das internationale Recht über die Bundesverfassung stellt.**
- 2017 muss der **Vorrang des internationalen Rechts** gegenüber dem Recht von Volk und Ständen **unterbunden** werden. **Der Selbstbestimmungsinitiative muss zum Durchbruch verholfen werden.**
- Die SVP muss 2017 als noch einzige Partei **für den freien Arbeitsmarkt** sorgen, alle anderen haben in der letzten Dezembersession das Gegenteil bestimmt.
- 2017 muss die SVP dafür sorgen, dass die Personenfreizügigkeit verboten wird.
- 2017 muss die neue **Energiestrategie** - ein **bürokratischer Leerlauf** - **abgelehnt werden**. Mit diesem neuen Energiegesetz sollen Ausgaben von 150 bis 200 Milliarden beschlossen werden!
Doch wer soll das bezahlen? Jemand muss es doch bezahlen!

Da kommt mir stets in den Sinn, weil wir **als junge Burschen** jeweils sangen, **wer soll das bezahlen?**

Und nachdem wir dies vor einer Woche im Wallis gesungen haben, **kommen viele auf mich zu und wollen, dass wir das heute hier auch tun.**

Also sie hören schon die Melodie. Wir singen jetzt alle, aber laut, dass dies unsere Bundespräsidentin hört.

Albisgüetli-Rede 2017

"Wer soll das bezahlen?
Wer hat das bestellt?
Wer hat so viel Pinke, Pinke?
Wer hat so viel Geld?"

Der Bürger soll's bezahlen.
Aber er hat's nicht bestellt!
Man holt ihm ja die Pinke, Pinke darum zahlt er jetzt kein Geld!

Widerstand ist zwingend, meine Damen und Herren, die **SVP ist leider noch die einzige Partei, die für die bewährte, freiheitlich erfolgreiche Schweiz eintritt.**

Packen wir es an.

**Wir brauchen wieder Demokratiefreunde statt Demokratiefeinde.
Totengräber der Schweiz haben hier nichts zu suchen!**

Dann kommt es gut, für dieses kleine, schöne, freiheitliche Land!
Und wir können getrost rufen:

- Viva la Svizzera
- Vive la Suisse
- Es lebe die Schweiz